

Es muss jetzt vom Bürgermeister schnell und effektiv gehandelt werden, bevor im Kreistag über die Mittelvergabe im Haushaltsplan für das nächste Jahr entschieden wird.

Darum unsere Aufforderung: Herr Bürgermeister, gehen Sie Ihre Aufgabe, also die Grundstücksverhandlungen unverzüglich an! Spät genug sind Sie sowieso dran, wir hoffen, nicht zu spät!

Liebe GemeindebürgerInnen,

auch mit dieser Ausgabe unserer Info-Post hoffen wir, Licht in manch Dunkles gebracht zu haben. Wir werden auch in Zukunft zu wichtigen Themen in unserer Gemeinde Stellung nehmen. Auch unter www.uwg-heldenstein.de erhalten Sie jeden Monat Aktuelles zu den Sitzungsthemen. Anregungen Ihrerseits sind uns stets willkommen.

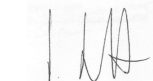
Wir wünschen Ihnen frohe Weihnachten und ein gesundes neues Jahr 2011!

Ihre UWG-Gemeinderäte


Georg Stöckl


Gerhard Grochowski


Klaus Neßler


Lothar Schinke



Georg Stöckl / Tel. 1422 / georg@stoeckl-heldenstein.info
Gerhard Grochowski / Tel. 1855 / bswawi-gro@web.de
Klaus Neßler / Tel. 7494 / MAXXAgenturGmbH@aol.com
Lothar Schinke / Tel. 697563 / L.Schinke@t-online.de

Verantwortlich: UWG Heldenstein, Stifterweg 1
www.uwg-heldenstein.de



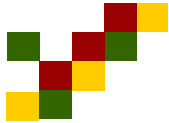
Info-Post

Ausgabe: Dezember 2010



Liebe GemeindebürgerInnen,

die Vorgehensweise des Bürgermeisters, seines Stellvertreters und der Verwaltungsleitung bei der Genehmigung der Biogasanlage und des Schweinestalles, sowie bei der Auftragserteilung zur Planung der Kinderkrippe, ist nach unserem Ermessen nicht in Ordnung. Da zudem die mangelhafte und unklare Berichterstattung, sowohl im Mühldorfer Anzeiger, als auch im Mitteilungsblatt der Gemeinde, viele wichtige Fakten verschweigt, sehen wir uns erneut veranlasst, über unsere UWG-Info-Post Informationen an Sie zu übermitteln.



So war es wirklich - Wie es zur Genehmigung der Biogas- und Schweinemastanlage kam

Der Bauantrag des Matthias Müller in der Maisitzung zum Neubau einer Biogasanlage wurde bis zur Junisitzung zurückgestellt. In dieser stimmten schließlich Bürgermeister Kirmeier, sein Stellvertreter Höpfinger und die weiteren sechs Räte der CSU dem Bauvorhaben in der Nähe des Neubaugebietes am Dorfanger zu.

Alle anderen Gemeinderatsmitglieder (UWG, WEW und parteilose) stimmten auf Grund der nachteiligen Belange für die Gemeinde und insbesondere für eine Vielzahl von Bürgern gegen den Bauantrag. In der Sitzung vom

7. September überraschte uns Bürgermeister Kirmeier damit, dass Matthias Müller unter Umständen seine Biogasanlage, allerdings jetzt zusammen mit einem Mastschweinestall, am Standort des bereits 2007 genehmigten Schweinestalles errichten werde. Das Entgegenkommen des Matthias Müller die Biogasanlage weiter entfernt vom Dorf zu bauen, sollte die Gemeinde mit dem Kauf von Grundstücken honorieren. Die Gemeinde war jetzt offensichtlich als Finanzier gefragt. Gegen die Stimmen der UWG sprang man auch sofort ein und beschloss, rund 10.000 m² Ackerland und das Kleinspielfeld am Sportgelände zu einem weit überhöhten Preis zu erwerben.



MÜ 40 lebenswichtig für Heldenstein - was macht eigentlich unser Bürgermeister?

Für die Zukunft der Gemeinde Heldenstein ist es verkehrstechnisch von herausragender Bedeutung, dass zusammen mit der A 94 die Kreisstrasse Mü 40 als Zubringer gebaut wird.

Sollte diese neue Fahrbahn nördlich des Bahngleises nicht realisiert werden, wird nach Fertigstellung der Autobahn der Zubringerverkehr auf der bereits bestehenden Mü 38 vorbei an

Niederheldenstein, durch Harting, Heldenstein und Kühnham zur Autobahnauffahrt rollen.



Besonders durch den Schwerlastverkehr von und zu den Industriebetrieben in Waldkraiburg und Aschau würden die Heldensteiner Gemeindebürger immensen Belastungen ausgesetzt sein.

Bereits seit mehr als einem halben Jahr versucht der Landkreis, die ungeklärten Grundstücksangelegenheiten zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen.

Zur Realisierung der Mü 40 drängt deshalb die Zeit, unverzüglich Klarheit in den Grundstücksfragen zu erlangen. Die Verhandlungsführer des Landkreises konnten keine Einigung mit den beteiligten Landwirten erreichen. Leider, so mussten wir in Gesprächen mit zwei betroffenen Landwirten am 04. bzw. am 07. Dezember erfahren, hat sich bisher Bürgermeister Kirmeier noch bei keinem der betroffenen fünf Hartinger Landwirte zu einem Verhandlungsgespräch eingefunden.



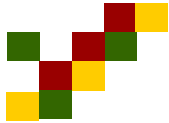
Ende Juli war uns dann klar, da keine Zusatzsitzung einberufen wurde, dass diese Bedenken mehr als berechtigt waren, denn es hätte im Juli einer weiteren Gemeinderatssitzung bedurft, um dem Bauplan, vor einer fristgerechten Einreichung beim Landratsamt, im Gemeinderat Zustimmung zu erteilen. Die Notsituation, die uns also sowohl vom Geschäftsstellenleiter, als auch vom 1. und 2. Bürgermeister dargestellt wurde, gab es nicht. Nachdem im August keine Sitzung stattfand, wurde uns schließlich in der Sitzung vom 07. September der Bauantrag zur Abstimmung vorgelegt. Das Honorar für das Planungsbüro von 1. Bürgermeister Kirmeier wurde unwesentlich um 1.800 € von 46.500 € auf 44.700 € abgesenkt. Zusätzlich überraschte uns auch noch Geschäftsstellenleiter Dickinger mit Investitionskosten von insgesamt 500.000 € bis 550.000 €, die voraussichtlich zu 80 % bezuschusst würden. Diese Zahlen wurden erstmals in der Sitzung vom 07. September genannt. Bis dahin wurden uns Gesamtinvestitionskosten von ca. 350.000 € vorgegeben. Mitte Oktober wurden endlich die Unterlagen zur Bezuschussung des Bauvorhabens eingereicht, also zweieinhalb Monate nach dem uns vorgegebenen Stichtag. Am 24. November erfuhren wir Gemeinderäte aus dem Wochenblatt, dass die Gemeinde Investitionskosten von insgesamt 632.616 € veranschlagt hat. Die Bezuschussung durch die Regierung von Oberbayern erfolgt laut Wochenblatt in einer Höhe von 461.000 € (ca 73 %). Unserer Meinung nach ist bei diesem Bauvorhaben die Verknüpfung des Bürgermeisteramtes mit dem des Planers sehr bedenklich. Was wird zum Beispiel in dem Fall sein, wenn Planungsfehler zu Ungunsten der Gemeinde beim Planer eingeklagt werden müssen?

Bereits am 05. Oktober lag uns der Bauantrag für das Gesamtprojekt zur Würdigung vor. Gegen die Stimmen der UWG-Räte und des parteilosen Peter Hönig wurde der Antrag genehmigt. Nach unseren Vermutungen wollte Matthias Müller die Biogasanlage zu keiner Zeit am Dorfanger errichten. Sein Ziel war nach unserer Ansicht, die Biogasanlage mit dem Schweinemastbetrieb zu verbinden und am jetzt genehmigten Standort zu errichten. Die vielen Nachteile für die Gemeinde und seine Bürger (siehe UWG-Info-Post Ausgabe Juli 2010) scheinen ihn nicht zu interessieren. Unser 1. Bürgermeister Kirmeier und sein Stellvertreter Höpfinger haben zu keinem Zeitpunkt den für uns einzig akzeptablen Alternativstandort an der Kläranlage eindringlich verfolgt. Vielmehr fungierten beide nach unserer Wahrnehmung gezielt als Befürworter des Vorhabens. Wir kennen allerdings den Grund der beiden für die nach unserem Ermessen allzu zuvorkommende Unterstützung für den Stollerbauern nicht.

Alle Abstimmungen zum Thema Biogasanlage und Schweinestall verliefen nach dem altbekannten Motto: ***Wir sind in der Mehrzahl, darum haben wir Recht.***

In seinem Mitteilungsblatt vom Oktober 2010 verschweigt Bürgermeister Kirmeier die künftigen Probleme für die Gemeinde und seine Bürger. Stattdessen übt er sich im Schönreden. Es macht sich gut, öffentlich darzustellen, dass statt 1440 Mastschweinen jetzt nur 600 Mastschweine geplant sind, obwohl jeder weiß, dass die Zahl ohne besonderes Genehmigungsverfahren bis auf 1500 erhöht werden kann. Hört sich für den Bürger auch besser an.

Unter transparenter Information verstehen wir etwas anderes. Politik machen heißt auch: Tatsachen zu benennen und Mut haben zur Kritik!



Kinderkrippe für Heldenstein

- ein guter Auftrag für Bürgermeister Kirmeier

Der Gemeinderat beschloss in der Sitzung vom 12. Januar 2010 einstimmig die Unterbringung der Kinderkrippe im Schulgebäude.

Zur Teilnahme am Investitionsprogramm für Kinderbetreuungsförderung wurde die Verwaltung beauftragt, von einem Architekten, welcher bereits über eine entsprechende Planungserfahrung für solche Einrichtungen verfügt, Unterlagen für die Beantragung der Förderung erstellen zu lassen. Laut Geschäftsstellenleiter Dickinger war ein Vorantrag bis 30. April 2010 zu stellen. Ein fertiger Plan und eine fertige Konzeption waren nach seinen Angaben bis 31. Dezember 2010 einzureichen.



Gemeinderatsmitglied Georg Stöckl fragte in der Sitzung vom 13. April nach, ob bereits ein planungserfahrener Architekt beauftragt und der Vorantrag eingereicht seien. Laut Aussage von Bürgermeister Kirmeier war jetzt ein Vorantrag nicht mehr erforderlich. Nach seiner Auskunft war es jetzt ausreichend, bis 31. Dezember 2010 die Antragsunterlagen für die Bezuschussung einzureichen. Geschäftsstellenleiter Dickinger pflichtete dem bei und fügte an, dass bisher noch kein Architekturbüro beauftragt wurde.

In der Gemeinderatssitzung vom 06. Juli 2010 wurden wir Ratsmitglieder dann vor eine Notsituation gestellt.

Bürgermeister Kirmeier und Geschäftsstellenleiter Dickinger erklärten uns überraschten Ratsmitgliedern übereinstimmend, dass bis zum 30. Juli 2010 sowohl der Bauantrag beim Landratsamt Mühldorf, als auch der Zuschussantrag bei der Regierung von Oberbayern einzureichen seien, da bei einer Überschreitung dieses Termins die Bezuschussung des Projektes ganz, oder zumindest in erheblichem Maße gefährdet sei. Aufgrund dieser Notsituation habe das Planungsbüro des Bürgermeisters nicht nur mit den Planungen begonnen, sondern sei bereits auf einem weit fortgeschrittenen Planungsstand.

Nach den in der Januarsitzung von Geschäftsstellenleiter Dickinger ausgegebenen Informationen war von einem Investitionsvolumen von ca. 350.000 € und einem jetzt möglichen Verlust der Bezuschussung i. H. v. von ca. 300.000 € auszugehen. Die jetzt angesetzte Honorarsumme für den Planungsauftrag an das Büro Kirmeier i. H. v. 46.500 € war für uns UWG-Räte überhöht und demzufolge inakzeptabel. Dazu meldete sich der 2. Bürgermeister Höpfinger zu Wort und sagte zu, die Honorarsumme nachzuverhandeln und erheblich nach unten zu drücken.

In Anbetracht der Notsituation (Gefährdung des Zuschusses), die uns in der Sitzung vom 06. Juli vorgegaukelt wurde und wegen der Kostenersparnis für die Gemeinde durch des angeblich deutlich nach unten zu korrigierenden Honorars stimmten letztendlich auch die UWG-Räte Klaus Neßler und Georg Stöckl, nicht ohne Bedenken, der Arbeitsvergabe an das Planungsbüro des Bürgermeisters zu.